

**Kommentar**

Spannender Schlusspunkt  
**Verspielen Union und FDP erneut den sicheren Sieg?** 35

**Kommunikation**



Werbung für den Beruf der Zahnmedizinischen Fachangestellten  
**Start frei in den Beruf** 36

**Prophylaxe**

Erfolgreiches Projekt in Stuttgart-Gablenberg  
**Zahnhygiene für Grundschüler** 37

**Im Blickpunkt**



GOÄ-Reform  
**Hängepartie ohne Ende?** 38

**Praxis**

Der GOZ-Ausschuss der LZK informiert  
**Aktuelle Rechtsprechung** 40

Sind sie informiert?  
**Stichwort: Aushangpflichtige Gesetze** 41

**Aus den Bezirken**

Besuch in der „Poliklinik Moidany“ in Prag  
**„Zahnmedizin ist in Tschechien eine weibliche Domäne“** 42

**Personalialia**



Nachruf  
**Dr. Karl-Horst Fezer †** 51

**Im Blickpunkt**

Editorial	3	Termine	48
Buchtipps	44	Personalialia	50
Namen und Nachrichten	45	Amtliche Mitteilungen	54
Leserforum	47	Glosse	55
		Impressum	55

**nach Redaktionsschluss...**

... hat der Generalsekretär der FDP, Dirk Niebel, Heidelberg, im Interview mit dem ZBW betont, seine Partei setze auf „privaten Krankenversicherungsschutz mit sozialer Absicherung für alle“. Das schaffe Wahlfreiheit, Planungssicherheit und Effizienz. Die Bürgerversicherung lehnen die Liberalen „als gigantisches Umverteilungssystem“ ab. Niebel sieht in den ZE-Festzuschüssen trotz der Anlaufschwierigkeiten einen guten Ansatz, weil sie für den Patienten transparent seien. Die Budgetierung hält der Generalsekretär „für nicht mehr länger hinnehmbar“. (Das Interview im Wortlaut lesen Sie in der nächsten Ausgabe).

... rechnen mehrere große Krankenkassen mit einer Erhöhung der Beiträge. Grund: Die dramatisch steigenden Ausgaben für Arzneimittel. Überlegt wird auf Kassenseite derzeit, ob man der Entwicklung durch einen neuen Zwangsrabatt, den die Hersteller dann anbieten müssten, Einhalt gebieten könne. Widerspruch kommt von der Union: Fraktionsvize Wolfgang Zöller erteilte Zwangsmaßnahmen eine Absage. *gr*

... fand die Außerordentliche Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg am 23. Juli 2005 in Stuttgart statt. Mit großer Mehrheit stimmten die Delegierten der Satzung zur Änderung der Berufsordnung zu, mit der ein großer Schritt in Richtung Liberalisierung des Standesrechtes gelungen ist. Die Liberalisierung der Berufsrechte und -pflichten sichert dem niedergelassenen Zahnarzt die Gleichstellung mit den neuen, durch das SGB V eingeführten Versorgungszentren. Die Anbindung der Berufsordnung der Landes Zahnärztekammer BW an die Musterberufsordnung der BZÄK wahrte zugleich die historische Chance, eine bundeseinheitliche Berufsordnung zu etablieren. Derzeit liegt die neue Berufsordnung dem Ministerium zur aufsichtsrechtlichen Genehmigung vor.

Lesen Sie die Berichterstattung über die Vertreterversammlung sowie die Kommentierung der neuen Berufsordnung in der nächsten Ausgabe. *am*